

vorgelegten tierexperimentellen Zwillingsversuche noch durch die klinischen Erfahrungen belegt. In einigen Fällen habe diese Konzeption sogar einen negativen Verlauf zur Folge gehabt. Die Überlegungen und Begründungen von Prof. Manfred von Ardenne für die von ihm empfohlenen Zusatzmaßnahmen zur üblichen Strahlen- und Arzneitherapie seien längst überholt, teilweise sogar widerlegt und entsprächen nicht mehr dem heutigen wissenschaftlichen Erkenntnisstand.

Schärfer noch als mit der KMT-Konzeption des Dresdner Wissenschaftlers setzt sich die Stellungnahme des Zentralinstituts der DDR mit der Art und Weise auseinander, mit der „Herr Professor von Ardenne seine Vorstellungen bekanntmacht“, eine Art und Weise, die die Normen der international üblichen medizinisch-wissenschaftlichen Berichterstattung überschreite.

Bezüglich früherer Publikationen von Prof. von Ardenne zur Krebstherapie rügt die Verlautbarung besonders „die Adjektive, mit denen der Nutzen dieser Dinge beschrieben wurde“. Weiter wird dem Dresdner Wissenschaftler eine „gewisse Hybris“ bei der Bemessung seiner wissenschaftlichen Leistung und eine „gefährliche Leichtfertigkeit“ bei der Beurteilung der klinischen Ergebnisse zur Last gelegt, weil er mit seinen überzeichneten „Erfolgen“ wissenschaftlich unverantwortbare Hoffnungen bei den Patienten und ihren Angehörigen erwecke.

Insgesamt habe es sich für die Patienten nicht gelohnt, daß Prof. Manfred von Ardenne sich zehn Jahre in der Medizin statt in der Physik betätigt habe. Die Wissenschaftler des Zentralinstituts für Krebsforschung der DDR halten es in ihrer Grundsatzerklärung jedenfalls für unwahrscheinlich, „daß wir mit dem Krebs-Mehrschritt-Therapie-Konzept zu einer entscheidenden Verbesserung der Krebsbehandlung gelangen“. zel

SCHLESWIG-HOLSTEIN

„Modell Flintbeck“ wurde eingeweiht

Das erste in Schleswig-Holstein in Übereinstimmung mit dem Landesraumordnungsplan erbaute „Ärztzentrum“ als Modell einer Gruppenpraxis wurde am 1. Oktober dieses Jahres in Flintbeck bei Kiel eingeweiht. Das auf Beschluß der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein (DEUTSCHES ÄRZTEBLATT Heft 41/1970, Seite 2996), mit deren finanzieller Unterstützung und einem Kostenaufwand von 1,9 Millionen DM errichtete Projekt beherbergt fünf selbständige Arztpraxen (in drei sind die bisher in Flintbeck praktizierenden Ärzte eingezogen, die beiden anderen Praxen werden noch besetzt), gemeinsame Röntgen- und Laboreinrichtungen, eine eigene Badeabteilung sowie eine Sauna; außerdem wurde unmittelbar neben dem Gebäude eine Apotheke eingerichtet. Von hier aus wird jetzt nicht nur der rund 6000 Einwohner zählende Ort Flintbeck, sondern ein Einzugsgebiet mit insgesamt 17 000 Menschen ärztlich versorgt. gr

BERLIN

Erste Planstellen für das Bundesamt für Umweltschutz

Im Bundeshaushalt sind nach Angaben des Berliner Senators für Gesundheit und Umweltschutz, Erich Pätzold (SPD), bereits die ersten 80 Planstellen für das geplante „Bundesamt für Umweltschutz“ eingesetzt. In zwei Jahren soll der Personalbestand mehrere hundert und nach dem organisatorischen Abschluß des Aufbaues etwa 1000 Mitarbeiter betragen.

Die Abgeordneten aller drei Parteien des Berliner Parlaments haben dem Bund für die Entscheidung gedankt, das Bundesamt für Umweltschutz in Berlin zu errichten.

Nach Ansicht von Senator Pätzold ist die Entscheidung „ein selbstverständliches Recht der Bundesregierung“.

Abgeordnete der FDP stellten bei der Planung für das neue Bundesamt die Frage, ob das Bundesgesundheitsamt in seinem jetzigen organisatorischen Umfang und seiner Gliederung erhalten bleiben sollte oder ob das Institut für Wasser-, Boden- und Luftthygiene nicht besser eine neue Form – und Verbindung zum neuen Bundesamt für Umweltschutz – erhalten sollte. Die Entscheidung darüber wird nach der Diskussion des Aufgabekataloges für das neue Bundesamt für Umweltschutz erwartet. zel

Krankheitskosten für ganz Berlin

Mehr als 300 000 DM hat der Senat von Berlin im vergangenen Jahr an die DDR für die ärztliche Behandlung von Westberlinern in Ostberlin bezahlt. Obwohl diese Behandlungskosten normalerweise von den jeweils zuständigen Krankenkassen zu erstatten sind, muß in zahlreichen Fällen die Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales Steuermittel für die Begleichung der Ostberliner Abrechnungen aufwenden, weil die Angaben über die Krankenkassenzugehörigkeit der behandelten Patienten fehlen. Von den monatlich fast 200 Briefen an Westberliner, in denen die Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales um Angabe der Krankenkasse bittet, bleibt ein Drittel unbeantwortet. Diese „Schreibfaulheit“ der Westberliner kostete den Steuerzahler seit Beginn der Besuchsregelung 300 000 DM.

Andererseits lassen sich die Ostberliner Abrechnungen auch nicht immer nachprüfen. So befindet sich unter den vom Senat bereits beglichenen Forderungen auch ein Beleg über einen eintägigen Krankenhausaufenthalt in Ostberlin. Es stellte sich jedoch später heraus, daß es sich dabei um einen in

Westberlin wohnhaften Angestellten der von der DDR verwalteten „Reichsbahn“ handelte, dessen Krankenhauskosten eigentlich die Krankenkasse in Ostberlin zu tragen hat.

Im Gegensatz zur DDR-Praxis bezahlt die Berliner Senatsverwaltung für Arbeit und Sozialwesen zunächst die Kosten für die Behandlung der im Westen erkrankten DDR-Rentner. Diese Kosten erreichten 1972 rund 3 Millionen DM, in den ersten sieben Monaten dieses Jahres betragen diese stationären bzw. ambulanten Krankenbehandlungskosten von Ost-Rentnern bereits über 1,5 Millionen DM. Diese Kosten werden dem Senat von Berlin vom Ministerium für innerdeutsche Beziehungen voll erstattet, und es bestehen keine Pläne, diese Leistungen gegen Forderungen der DDR aufzurechnen. zel

HAMBURG

Deutscher Psoriasis Bund e. V. gegründet

In Hamburg ist eine Vereinigung Deutscher Psoriasis Bund e. V. (Vorsitzender: Professor Dr. med. Bernward Rohde) gegründet worden. Die Vereinigung hat sich zur Aufgabe gesetzt, allen Psoriasis-kranken (zwei Prozent der Gesamtbevölkerung in den europäischen Ländern) sowie den behandelnden Ärzten in Zusammenarbeit mit Forschern, Klinikern und der pharmazeutischen Industrie helfende Unterstützung zuteil werden zu lassen. Unter anderem wird als vordringlich angesehen die Vermittlung von Informationen über wissenschaftliche Erkenntnisse auf dem Gebiet der Erforschung und Behandlung der Schuppenflechte an Psoriasis-kranken und Wissenschaftler sowie die Sammlung finanzieller Mittel zur Förderung der Forschung und Unterstützung therapeutischer Institutionen und der Beratungsdienste. DÄ-H

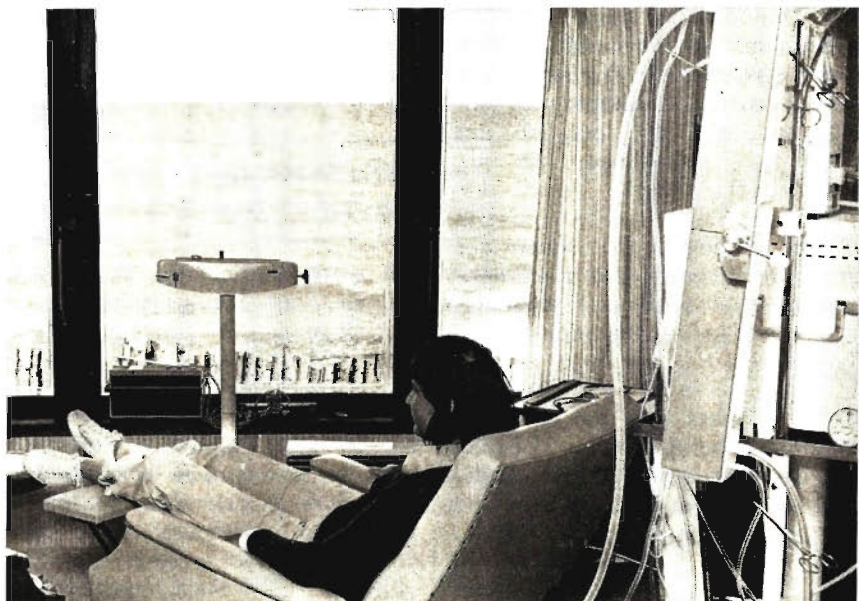
NIEDERSACHSEN

Dialyse im Urlaub — beim Allgemeinarzt

Chronisch Nierenkranke, die regelmäßig dialysiert werden müssen, mußten bisher auf Urlaubsfreuden, die für Millionen Bundesbürger zur Selbstverständlichkeit geworden sind, verzichten. Das könnte bald anders werden, wenn verschiedene angelaufene Modellversuche mit der Urlaubdialyse erfolgversprechend verlaufen. Ein Allgemeinarzt aus Niedersachsen hat ein solches Modell in diesem Sommer verwirklicht. Er eröffnete Anfang dieses Jahres neben seiner Allgemeinpraxis eine Dialyseabteilung als Partnerstation zum Nephrologischen Zentrum der Universitätsklinik Göttingen mit finanzieller Unterstützung der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (DEUTSCHES ÄRZTEBLATT Heft 30/1973, Seite 1968) und betreut dort gegenwärtig 21 Dialysepatienten. Jetzt hat er dazu ein Dialyse-Mobil am Ostseestrand aufstellen lassen. Das nach der Idee des Allgemeinarztes entwickelte Dialyse-Mobil ähnelt

einer mobilen Wohneinheit in der Größe eines Omnibusses, die allerdings ortsfest aufgebaut ist. Die Anlage enthält einen geräumigen Behandlungsraum mit zwei Dialysegeräten, so daß jeweils vier Patienten des Arztes Urlaub machen können, ferner einen Aufenthaltsraum für die Dialyseschwester und zahlreiche Spezialeinbauten.

In diesem Jahr sind es acht Patienten, die die Voraussetzungen für die Urlaubsdialyse erfüllen; nämlich: ein guter körperlicher Allgemeinzustand, frei von Hepatitis, Eignung für die Heimdialyse und die Bereitschaft des Ehepartners, sich während des Urlaubs als Assistent für die geplante Heimdialyse ausbilden zu lassen. Die Notwendigkeit eines Erholungsurlaubs für die Dialysepatienten wird von den niedersächsischen Krankenkassen anerkannt. Deshalb übernehmen sie auch die Anreisekosten sowie in begrenztem Umfang die Aufenthaltskosten der Patienten und deren Ehepartner, die auf einem Bauernhof in Falschhöft an der Ostseeküste Schleswig-Holsteins Unterkunft fanden. Von



Dialyse-Mobil am Ostseestrand. Die Patienten verfolgen während der Behandlung das bunte Treiben am Strand und auf dem Meer und nutzen nach kurzer Eingewöhnungszeit das Freizeitangebot wie jeder gesunde Seurlauber Foto: Koch